

## Qualifizierter Zufall als Entscheidungsverfahren in der Demokratie

In diesem Kapitel gehen wir über die uns gewohnte Entscheidungsbildung in der Demokratie mittels Abstimmungen hinaus und schlagen ein ganz anderes, ungewöhnlich scheinendes Verfahren für Entscheidungen vor, nämlich den Zufall. Politische Entscheidungen mittels Los zu treffen, erscheint auf den ersten Blick seltsam oder gar mit der Idee einer Demokratie unverträglich. Hier soll jedoch gezeigt werden: Fokussierter Zufall ist ein Verfahren, das für manche Fragen in einer Demokratie sinnvoll anzuwenden ist. Denn damit wird die für die Demokratie zentrale Idee der politischen Gleichheit der Bürger gestärkt.

>><<

Gesellschaftliche Entscheidungen lassen sich auf vielfältige Weise treffen. Häufig steht der Gegensatz zwischen dezentralem wirtschaftlichem Markt und zentralem politischem Plan im Vordergrund. Eine Dualität besteht auch zwischen Markt und Abstimmung. Der Markt gilt als »wirtschaftlicher«, die Abstimmung als »politischer« Mechanismus, um gesellschaftliche Entscheidungen durchzuführen. Heute ist gut erforscht, unter welchen Bedingungen das Preissystem oder direkte Volksabstimmungen zu einer effizienten Allokation der Ressourcen führen und unter welchen Bedingungen Markt und Abstimmung weniger gut funktionieren, was in der Literatur als »Marktversagen« und »Politikversagen« bezeichnet wird. Das Wort »Versagen« sollte allerdings nicht wörtlich verstanden werden, sondern es wird nur darauf hingewiesen, dass weder der Markt noch die Politik optimal funktionieren.

Aristoteles war der Ansicht, eine echte Demokratie könne nicht auf Abstimmungen beruhen. Vielmehr müsse eine zufällige oder aleatorische (von lateinisch alea: »Würfel«) Wahl gewährleisten, dass die privaten Interessen wichtiger Familien, Parteien und Interessengruppen in Schach gehalten werden. Aleatorische Entscheidungsverfahren kommen gegenwärtig in der Politik nur sehr selten zur Anwendung. Zufallsentscheidungen weisen viele positive, aber wie bei jedem anderen gesellschaftlichen Entscheidungsverfahren auch negative Eigenschaften auf. Sowohl die Vorzüge als auch die Nachteile von Zufallsentscheidungen müssen mit denen anderer gesellschaftlicher Entscheidungsverfahren verglichen werden. Das Wort »Zufall« wird hier im Sinne einer statistischen Wahrscheinlichkeit verwendet. Es hat somit nichts mit Willkür zu tun, sondern baut auf einer mathematischen Gesetzmäßigkeit auf. Bei einer Zufallsentscheidung wird bewusst der menschliche Einfluss zurückgedrängt.

>><<

Zufallsentscheidungen haben verschiedene wichtige Vorzüge gegenüber anderen Entscheidungsverfahren. So ermöglichen sie es, die zugrunde liegende Gesamtheit präzise wiederzugeben. Werden etwa aus einer Urne, in denen sich fünf rote, drei grüne und zwei weiße Kugeln befinden und damit die Grundgesamtheit repräsentieren, zufällig Kugeln gezogen, hat jede Kugel die gleiche Wahrscheinlichkeit ausgewählt zu werden. Zufallsprozesse verhindern eine systematische Diskriminierung, etwa nach Beruf oder Geschlecht. Die Bedeutung jeder derartigen Gruppe wird entsprechend ihrer Vertretung in der Grundgesamtheit abgebildet. Damit erhalten auch Bevölkerungsteile eine Chance, die im politischen Prozess ansonsten nicht berücksichtigt werden. Damit wird Fairness gewährleistet. Es ist daher nicht erforderlich, spezielle Quoten einzuführen, zum Beispiel für den Anteil von Frauen.

Im Gegensatz dazu sind die heutigen Parlamente weit davon entfernt, die Wählerschaft zu repräsentieren. Vielmehr sind gut organisierte Interessen (z. B. die Agrarlobby) und bestimmte Berufe (z. B. Anwälte, Lehrer und andere Beamte) stark überrepräsentiert. Berufspolitiker mit ihren Sonderinteressen dominieren die Szene. Es kommt zur Ausbildung jener von den wahlberechtigten Bürgern losgelösten politischen Milieus, die von Gelehrten wie Hannah Arendt oder Hanna Fenichel Pitkin beschrieben wurden.

Zufallsverfahren eignen sich dazu, diese Tendenz bis zu einem gewissen Grad einzudämmen. Sie eignen sich dazu, den Einfluss organisierter Interessengruppen auf zu treffende Entscheidungen zu begrenzen. Da ein Zufallsprozess unabhängig von menschlichen Eingriffen ist, lohnt es sich weniger, Kosten für die Beeinflussung des Prozesses und des Ergebnisses aufzuwenden. Bei anderen gesellschaftlichen Entscheidungsverfahren hingegen, wie etwa demokratischen Wahlen oder Verhandlungen, spielen Werbung, Vetternwirtschaft oder gar Korruption eine wichtige Rolle.

Eigenschaften und Ansichten, die zum Zeitpunkt der Auswahl übersehen oder als zu unwichtig eingeschätzt wurden, werden automatisch entsprechend ihrer Bedeutung in der Grundgesamtheit repräsentiert. In dieser Hinsicht hat das Zufallsverfahren gegenüber der Festlegung von Quoten einen großen Vorteil. Quoten lassen sich nur bestimmen, wenn die entsprechenden Dimensionen (etwa Geschlecht, Bildung, Alter oder Nationalität) von vornherein als relevant gelten. Das Zufallsverfahren ermöglicht, bisher vernachlässigte Aspekte zu berücksichtigen, die zuvor unbekannt waren und deshalb nicht in den Quoten reflektiert sind.

Eine solche Zufallsauswahl fördert schließlich die Stabilität und Kontinuität einer Regierung, wenn in der Grundgesamtheit starke Gegensätze zwischen einigen wenigen Gruppen existieren. Jede dieser Gruppen sieht dann nämlich in der Zukunft eine Chance, Einfluss zu gewinnen, selbst wenn bisher die Gegenpartei dominierte. Dieser Aspekt spielte im klassischen Athen und in den norditalienischen Stadtstaaten des Mittelalters eine große Rolle. Ohne aleatorische Verfahren hingegen laufen einzelne Interessengruppen Gefahr, im etablierten politischen Prozess unterdrückt zu werden. Die Benachteiligten machen dann ihre Anliegen oft auf umstürzlerische Weise deutlich, was immer wieder zu politischen Unruhen und Bürgerkriegen geführt hat.

Aleatorische Verfahren weisen jedoch natürlich auch einige Nachteile auf. Zufallsverfahren unterscheiden nicht nach Fähigkeit und Qualifikation. Zufällig ausgewählte Personen können sich deshalb für die zugedachte Aufgabe als unfähig erweisen. Um das zu vermeiden, wurden Zufallsverfahren in der Vergangenheit meist mit zusätzlichen Verfahren kombiniert. Beispielsweise wird die *Grundgesamtheit*, aus der danach zufällig ausgewählt wird, auf Personen beschränkt, die vorher nach Fähigkeit ausgewählt wurden. Entsprechend wird von *fokussierten Zufallsverfahren* gesprochen.

Auch kann eine Zufallsauswahl das Verantwortungsgefühl beeinträchtigen, insbesondere deshalb, weil sich die Gewählten nicht um eine Wiederwahl am Ende der Wahlperiode kümmern müssen. Auch dieses Problem kann durch zusätzliche Verfahren vermindert werden, beispielsweise durch eine Vorauswahl von Personen, welche ihre Verantwortungsbereitschaft bereits anderweitig unter Beweis gestellt haben und bei denen die Wahrscheinlichkeit geringer ist, dass sie sich aus ihrer Verantwortung ziehen. Außerdem kann man sich darauf einigen, dass Gewählte sich für ihre Handlungen rechtfertigen müssen und bei illegalen oder unüberlegten Handlungen bestraft werden.

Zufällig ausgewählte Personen könnten sich zudem weigern, die vorgesehene politische Position einzunehmen oder die jeweilige Aktivität durchzuführen, beispielsweise wenn sie mit anderen Tätigkeiten ein höheres Einkommen erzielen könnten. Für diesen Fall gibt es mehrere Lösungsvorschläge: Erstens kann man eine entsprechende Bürgerpflicht vorsehen. In der Schweiz sind zum Beispiel in bestimmten Gemeinden alle Bürger und Bürgerinnen verpflichtet, staatliche Tätigkeiten zu übernehmen. Ein Zwang kann aber wiederum zu Unwilligkeit und nachlässiger Ausführung führen. Deshalb könnte man auch zweitens mehrere Zufallsverfahren hintereinander anwenden, so lange, bis genügend willige Personen gefunden wurden. Dieses Vorgehen hat jedoch den Nachteil, dass eine soziale Selektion stattfindet und nicht mehr alle Interessen in gleicher Weise berücksichtigt werden. Deshalb erscheint es am zweckmäßigsten, zufällig ausgewählte Repräsentanten finanziell so gut auszustatten, dass sie die Aufgabe gerne übernehmen.

>><<

In der Geschichte finden sich viele Anwendungen des Zufallsverfahrens. Im klassischen Athen wurden die Abgeordneten des wichtigsten Entscheidungsgremiums durch das Los – oder eine Lotterie – aus den Bürgern der Stadt Athen ausgewählt (allerdings unter Ausschluss von Frauen und Sklaven). Auch im mittelalterlichen Venedig wurden politische Positionen in einem gemischten Verfahren aus Wahl und Los besetzt, andere italienische Stadtstaaten des Mittelalters wie Florenz, Parma und Bologna haben das Los ebenfalls zur Bestimmung ihrer Exekutive verwendet. Auch in Spanien und in der Schweiz kam das Verfahren zum Einsatz. In Bern wurde im 18. Jahrhundert der Stadtrat unter teilweiser Verwendung des Loses bestimmt. An der Universität Basel wurden im 18. Jahrhundert Lehrstühle per Los aus einer Liste von drei Kandidaten ausgewählt. In China spielten Losverfahren zur Zeit seiner größten wirtschaftlichen und politischen Macht vom 16. Jahrhundert bis ins 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle.

Zufallsverfahren ließen sich auch in heutigen Demokratien sinnvoll anwenden.

Im politischen Bereich könnte eine der beiden Kammern des *Parlamentes* unter Verwendung eines Zufallsmechanismus ausgewählt werden – beispielsweise zur Bestellung des amerikanischen Repräsentantenhauses, des deutschen Bundestages oder des Schweizerischen Nationalrates. Die nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Kammer sollte die gleichen Kompetenzen wie die herkömmlichen Kammern haben. Die verschiedenen Parlamentskammern müssen sich deshalb auf einen gemeinsamen Beschluss einigen. Denkbar ist auch eine zweite, aleatorisch zustande gekommene und gleichberechtigte Kammer des Europäischen Parlamentes. Sie könnte als »House of Lots« in Analogie zum britischen »House of Lords« bezeichnet werden.<sup>84</sup>

## **Demokratie Festivals**

Ein gutes Leben für alle - mitgestalten - genießen - feiern

Wer die Gesellschaft verändern will, verändert ihre Organisationen. Dafür sind sie unter anderem gemacht.

Armin Nassehi, Unbehagen, München; C.H.Beck, 2021, S 227